

* Der Landesverband der Konsumenten hielt gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Stephan Bárczy im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses seine Generalversammlung. In seiner Eröffnungsrede wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Lösung der Konsumentenfrage nur durch die entsprechende Organisation der Konsumenten in befriedigender Weise gelöst werden könne. Der Verband hat die richtigen Wege eingeschlagen, ist mit einer großen Anzahl von Provinzstädten in Verbindung getreten und setzt die Arbeit der Organisation unentwegt fort. Sodann unterbreitete der geschäftsführende Vizepräsident Dr. Adorján Kausser den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß der Verband die Interessen von nahezu zwei Millionen Konsumenten vertritt. Der Verband steht auch mit dem Volksernährungsamt, mit den kompetenten Ministerien und mit allen Municipien in stetem Kontakt. Der geschäftsführende Direktor Dr. Anton Szabolcsy unterbreitete eine Denkschrift, in der an die Regierung das Ersuchen gestellt wird, mit der Lösung der Konsumentenfrage das Volksernährungsamt zu betrauen. In der Denkschrift wird die gegenwärtige Lage der Konsumenten geschildert und auf jene Maßnahmen hingewiesen, die ergriffen werden müssen, um die Konsumentenfrage institutionell zu lösen. Vor Allem müßte ein Gesetz geschaffen werden, um dem Lebensmittelwucher und der unanständigen Konkurrenz wirksam zu begegnen. Aber noch vor dem Inleben treten dieses Gesetzes möge die Regierung eine Verordnung erlassen, auf Grund welcher Personen, die sich des Lebensmittelwuchers und der unanständigen Konkurrenz schuldig machen, auf das strengste bestraft werden. Im Rahmen dieser Verordnung möge nach deutschem und österreichischem Muster eine amtliche „Preisregulierungsstelle“ ins Leben gerufen werden, die die Aufgabe hat, darauf zu achten, daß die Produzenten und Kaufleute die Waare zu einem bürgerlichen Nutzen verkaufen, nicht aber Wucherpreise fordern. Gleichzeitig ist es erwünscht, daß die Produzenten mit den Konsumenten in direkte Verbindung treten, was einen Abbau der Preise zur Folge hätte. Schließlich folgten die Wahlen. Gewählt wurden: zu Kopräsidenten: Bürgermeister Dr. Stephan Bárczy, Alexander Benedek, zweiter Präsident des Verwaltungsgerichtshofes; zu Vizepräsidenten: Abgeordneter Dr. Gáza Soványi und kön. Rath Dr. Victor Kossinthy; zum geschäftsführenden Vizepräsidenten: Hofrath Dr. Adorján Kausser; zum geschäftsführenden Direktor: Dr. Anton Szabolcsy; zum Generalsekretär: Dr. Julius Rácz. Sodann wurde der Ausschuß gewählt.